

Signatur:	2026.SR.0020
Geschäftstyp:	Interpellation
Erstunterzeichnende:	Johannes Wartenweiler (SP)
Mitunterzeichnende:	Lena Allenspach, Dominik Fitze, Jacqueline Brügger, Barbara Keller, Nadine Aebischer, Timur Akçasaray, Dominique Hodel, Gourab Bhowal, Helin Genis, Valentina Achermann, Monique Iseli, Judith Schenk, Mehmet Özdemir, Dominic Nellen, Szabolcs Mihàlyi, Janosch Weyermann, Fuat Köcer, Matteo Micieli, Raffael Joggi, Lukas Schnyder, Katharina Gallizzi
Einrechiedatum:	29. Januar 2026

Interpellation: Sozialverträglich sanieren – wo steht die Stadt und wie sorgt sie dafür, dass auch bei nichtöffentlichen Liegenschaftsbetreiber:innen entsprechend gehandelt wird?

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie definiert der Gemeinderat «sozialverträglich sanieren» und welche Massnahmen sind damit gemeint?
2. Welche Auswirkungen haben die vom Gemeinderat unterstützten Massnahmen zur «sozialverträglichen Sanierung» von Liegenschaften bis heute?
3. Mit welchen Massnahmen stellt der Gemeinderat sicher, dass «sozialverträglich sanieren» zum Standard in der Branche wird?

Begründung

Der Trend zu Leerkündigungen in der Stadt Bern hält an. Zahlreiche Mietparteien sind davon betroffen. Angesichts der grossen Wohnungskrise ist es für sie schwierig in der näheren Umgebung einen gleichwertigen Ersatz zu finden. Die Gentrifizierung der Stadt Bern schreitet voran.

Die Stadt hat mit einer Tagung im Herbst 2024 den Begriff der «sozialverträglichen Sanierung» thematisiert und dazu aufgerufen, bei notwendigen Sanierungen möglichst schonend einzutreten und den Mieterinnen Alternativen und Optionen anzubieten. Idealerweise sollen sie wieder in ihre Wohnungen zurückkehren können. Damit erhält die soziale Komponente der Sanierung ein stärkeres Augenmerk als bislang.

Es reicht aber nicht, mit einer Veranstaltung ein Bewusstsein zu schaffen, die Massnahmen müssen auch umgesetzt werden. Angesichts der oben zitierten Entwicklungen besteht akuter Handlungsbedarf.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.»